

LESERBRIEFE

Ein Biotop aus Lobbyisten und Investoren

VON KARL LANGE, LEVERKUSEN

Zu den Berichten über die innerstädtischen Entwicklungen in Wiesdorf und zum Kommentar „Man überlässt die Stadt den Investoren“ vom 11. August. Volle Zustimmung zum Kommentar: Leider gibt es ein sehr spezielles und höchst fruchtbares Biotop aus staatlichen Fördertöpfen, gut vernetzten Lobbyisten der Bauwirtschaft, der Architekten, der Stadtplaner und der Investoren. Es ist prinzipiell an dem schönen alten chinesischen Motto „Viel hilft viel“ orientiert.

Und es führt zu Planungen, die nicht notwendig primär am Bedarf der Bürgerinnen und Bürgern orientiert sind. Solche Projekte, gerade wenn sie groß und komplex sind, winken dann die lokalen Gremien gerne einmal durch. Typischerweise schwören sich die Fraktionen auf einen einigen, möglichst schlanken und möglichst Bürger- und Bürgerinnen-armen Prozess ein. No more checks, no more balances eben, das zeitweilige Ende der kommunalen Demokratie. Es gäbe einen Weg, der die beschriebenen Wirkungen ein wenig erden kann. Leider ist er trotz vieler überzeugender Ergebnisse wenig bekannt und auch bei den „Profis“ wenig beliebt: Das sind die – sogar im Bergischen entwickelten – Bürgergutachten oder Planungszellen.

Es ist sehr zu begrüßen, dass sich für die City C eine Perspektive abzeichnet. Angesichts der Eigentumsverhältnisse haben Politik und Stadtverwaltung Leverkusen hier ein dickes Brett zu bohren und tun dies offenbar mit Erfolg. Die Liegenschaft bietet die Möglichkeit, in größerem Umfang Wohnflächen im Bestand zu erschließen und auch den Gedanken des sozialen Wohnungsbaus wiederzubeleben. Ebenso ist das Projekt umweltfreundlich, da keine neuen Flächen versiegelt werden müssen. Die zur Umsetzung des Projektes nötigen Herauskäufe von Eigentümern sind eine Zukunftsinvestition in unsere Stadt und damit gut angelegtes Geld. Den Verantwortlichen kann nur weiterhin viel Erfolg dabei gewünscht werden, die notwendigen Arrondierungen bald zu Ende zu bringen.

Wie im Kommentar beschrieben, sollte das Prinzip – Städtische Interessen zuerst – gelten. Ein gutes Modell ist hier Tübingen. Bauland sollte, wie dort, nicht lange als Spekulationsobjekt brachliegen, sondern zu einem marktgerechten wirtschaftlichen Preis von den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gekauft werden.

Hierzu einen entsprechenden Grundstückserwerbsfond einzurichten und möglichst den städtischen Grundbesitz zu mehrten zahlt sich letztlich für die Bürger aus. Wohnbau muß nicht Investoren überlassen bleiben, welche bereits die Dollar-Zeichen in den Augen haben, zum Nachteil der nicht so gut bemittelten Bürger.

Ich bin am Montag in der Bauverwaltung Elberfelder Straße gewesen, um mir einen Überblick über die von Stadtverwaltung und den Ratsgremien vollzogenen Bauleitplanung zu verschaffen. Zunächst stelle ich fest, dass die Grundlagen des „Handlungskonzeptes für einen umfangreichen Maßnahmenkatalog“ aus dem Jahr 2016 stammen. Ich möchte nicht über die Ästhetik von stadtplanerischen Ansichten diskutieren, die in den unter dem Titel „Anlass und Ziel“ offengelegten Unterlagen zu finden sind, sondern vornehmlich über die Grundlagen, die für die Zweckmäßigkeit aus heutiger Sicht zu Bedenken Anlass geben. Jeder der durch die Leverkusener City geht, bemerkt nicht erst, seit dem der Kaufhof geschlossen wurde, die großen Leerstände von Verkaufsflächen.

Erst heute fiel mir auf, dass wieder eine ca. 250 Quadratmeter große Ladenzeile in der Rathaus-Galerie leergezogen wurde. Der Cityabschnitt an der Sparkassenhauptverwaltung steht schon jahrelang leer, obwohl sich der Oberbürgermeister als allein Zuständiger dazu erklärt hat: Chefsache. Die Vorschläge dazu, von den Herren Häusler und Geiger zu diesem Sanierungsfall, sind seit Jahren in der berühmten Schublade verschwunden.

Wir erleben täglich den schrittweisen, aber dennoch schnellen Untergang des Stadtkerns, und der soll mit mehr Büros und Verkaufsflächen an der Wöhlerstraße wohl aufgehalten werden.

Wer glaubt eigentlich an einen solchen Unsinn – Schilda lässt grüßen. Wenn Politik und Verwaltung in Leverkusen noch ein letztes Stück Bürgernähe praktizieren wollen, dann sollten diese schnellstens eine Bürgerversammlung zu diesem Thema einberufen, falls ihnen dazu genug Mut bleibt.